

Tieren unterschieden werden. Vor allem scheint man die Gefahr zu sehen, die hiesige Landwirtschaft könnte durch eine allzu restriktive Haltung in dieser Frage von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden. Hier – wie auch in verschiedenen anderen Zusammenhängen – warnt die Kommission vor drohenden *Wettbewerbsnachteilen* für die deutsche Landwirtschaft durch die Ungleichbehandlung gegenüber ausländischer Konkurrenz gerade auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Angesichts von solchen abwägenden und in ihren Forderungen und Urteilen überaus vorsichtigen Erklärungen der Bischöfe verwundert es nicht, daß aus dem politischen Raum zum Bischofswort vorwiegend Zustimmung signalisiert wurde, auch wenn deren Bedeutung insgesamt nicht zu über-

schätzen ist. Daß umgekehrt z. B. von der *Katholischen Landjugend* am Bischofswort Kritik geäußert wurde, verwundert auch nicht. Bei der KLJB tut man sich mit der Tatsache schwer, daß die Bischöfe den Strukturwandel und dessen Rahmenbedingungen nicht in Frage stellen, sondern ihn lediglich gestalten helfen wollen. Der Konsens kann hier innerkirchlich nicht größer sein, als er gesamtgesellschaftlich ist: In dieser Hinsicht sind die beiden Ausarbeitungen der Bischöfe eben nur soviel wert, wie ihre Argumente tragen. Geteilter Meinung kann man im übrigen darüber sein, inwieweit ein wirklicher Bedarf nach einer Stellungnahme der Bischöfe zu diesen Fragen bestand, zumal sich erst vor einem Jahr das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (vgl. HK, Juni 1988, 287 ff.) zum gleichen Thema geäußert hat.

K. N.

und als mündige Bürger ihre Zukunft selbst gestalten.“

Reserven gegenüber der feministischen Theologie

In der gleichen Sitzung verabschiedete die Synode neben der DDR-Erklärung auch eine längere *Ausarbeitung zum Schwerpunktthema* „Die Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche“, die den Gliedkirchen der EKD mit der Bitte um Weitergabe an die Gemeinden, Dienste und Einrichtungen übersandt wird. Dabei wurde die entsprechende Vorlage des Vorbereitungsausschusses in weiten Teilen unverändert oder mit nur geringen Retuschen übernommen. Bei der Einbringung der Vorlage sagte *Carola Wolf*, die Pressereferentin des Deutschen Evangelischen Kirchentags, dem Vorbereitungsausschuß liege daran, daß diese Synode nicht als „Frauensynode“ in die Geschichte der EKD eingehe. „Die Gemeinschaft zwischen Männern und Frauen, die Verschiedenheiten akzeptiert und auf der Basis von Gerechtigkeit existiert, ist uns wichtig.“ Tatsächlich standen die Diskussionen über das Frauenthema auf der Synodaltagung *nicht im Zeichen harter Konfrontation*, sondern es ging recht unaufgeregt und moderat zu. Das hatte nicht zuletzt mit dem Duktus der Vorlage zu tun, die bei ihren Aussagen zum sozialen Wandel, zur Frauenbewegung und zum Verhältnis von Männern und Frauen in der Kirche zugespitzte Thesen und Forderungen durchweg vermied. Etliche Synodale kritisierten allerdings, daß der Text zu sehr die berufstätige Frau im Blick habe und es an Anerkennung für die Hausfrauen und Nur-Mütter fehlen lasse. Diesen Einwänden wurde im endgültigen Beschlusstext durch entsprechende Ergänzungen Rechnung getragen: Es entspreche dem biblischen Zeugnis, „wenn Frauen sich bewußt für die Rolle der Mutter entscheiden oder die Versorgung der Familie als ihre Lebensaufgabe begreifen. Ihm entspricht ebenso, wenn Frauen Berufstätigkeit und Familie verbinden wollen oder im Beruf einen wichtigen Teil ihrer Lebensaufgabe begreifen.“

EKD-Synode: Die Kirche und die Frauen

Das offizielle, von langer Hand vorbereitete Schwerpunktthema der diesjährigen Tagung der EKD-Synode, die vom 5. bis 10. November in Bad Krozingen stattfand, hieß: „Die Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche“. Dazu kam allerdings unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse ein zweites inoffizielles Schwerpunktthema, das viele Gespräche und Begegnungen während der Synodaltagung bestimmte: die dramatische Entwicklung in der DDR und ihre Auswirkungen auf die evangelische Kirche in beiden deutschen Staaten. Die Synode konnte mit den Ereignissen nur mühsam Schritt halten. Kaum hatte sie am Nachmittag des 9. November einen Beschluß zur Lage in der DDR gefaßt, wurde die innerdeutsche Grenze geöffnet. Der Ratsvorsitzende der EKD, der Westberliner Bischof *Martin Kruse*, nahm dazu in der letzten Plenarsitzung am Freitagvormittag Stellung: „Die Türen haben sich geöffnet, sie werden nicht wieder geschlossen werden können. Das, was uns aber mit Dankbarkeit gegen Gott in beson-

derer Weise erfüllt, ist die Art und Weise, wie das geschehen ist – ohne Gewalt, durch das Gebet vieler Christen durch Jahre hindurch.“

Die Erklärung der Synode zur Entwicklung in der DDR hebt vor allem den Beitrag der evangelischen Kirche im Vorfeld des jetzigen politischen Wandels (vgl. ds. Heft, S. 556) hervor: „Wir sehen ihren Mut und ihre Bereitschaft, die Last der Mitverantwortung auf sich zu nehmen und offen auszusprechen, was dort bisher kein anderer tun konnte.“ Es wird betont, daß es das Recht aller Deutschen auch in der DDR sei, ihren Weg in eine bessere Zukunft selbst zu bestimmen und zu gestalten; nicht spekulative Erwartungen, sondern „ihre Bedürfnisse und Wünsche sind für unsere Reaktion auf die Entwicklung maßgeblich“. Zurückhaltend-vorsichtig ist die Zielvorgabe der Erklärung für den Wandel in der DDR ausgefallen: „Den jetzigen Veränderungsprozeß begleiten wir in der Hoffnung, daß es gelingt, rechtsstaatliche Verhältnisse zu schaffen, in denen die Menschen vertrauensvoll

Probleme hatte ein Teil der Synode auch mit den Ausführungen zur *feministischen Theologie* (vgl. auch ds. Heft, S. 574), die vor allem als Bibelauslegung im Blick war. Dementsprechend wurde im Beschlußtext deutlicher zwischen den verschiedenen Strömungen unterschieden: „Manche Theologinnen entwerfen ihre Theologie als Naturreligion und stellen sich damit in einen bewußten Gegensatz zum Offenbarungsglauben des Alten und Neuen Testaments. Während Extrempositionen über den Rahmen evangelischer Theologie hinausgehen (z. B. wenn heutige Erfahrungen von Frauen als neue Offenbarungen Gottes ausgegeben werden), hilft die feministische Bibelauslegung im allgemeinen zu der Einsicht, daß Frauen und Männer vor Gott gleich sind.“

Nicht nur in der Vorlage, auch in den übrigen Beiträgen auf der Synode zum Schwerpunktthema war die feministische Theologie in ihrer gemäßigten, inzwischen weithin rezipierten Variante vertreten. So referierte die Schweizer Theologin *Reinhild Traitler* in einer Bibelarbeit zu den ersten Kapiteln der Genesis die geläufigen Ergebnisse der neueren Exegese, die die traditionellen Vorstellungen von der Unterordnung und besonderen Sündhaftigkeit der Frau korrigieren.

Frauenquote als „Zielvorgabe“

Das Interesse richtete sich schon im Vorfeld der Synodaltagung vor allem auf die *praktischen Schritte*, die zur besseren Verwirklichung der Gemeinschaft von Männern und Frauen in der evangelischen Kirche in die Wege geleitet werden sollten. Im Mittelpunkt stand dabei die in der Vorlage vorgeschlagene *Quotenregelung für kirchliche Leitungs- und Beratungsgremien*: „Um eine unverzügliche Einleitung solcher Schritte zu gewährleisten, hält die Synode eine befristete Festlegung des Mindestanteils von Frauen in den Leitungsgremien für erforderlich. Für die nächsten 10 Jahre sieht sie einen Anteil von mindestens 40% als angemessene Zielvorgabe an.“ In der Diskussion über die Vorlage wurde nachdrücklich für wie gegen eine sol-

che Festlegung argumentiert, wobei die Fronten nicht einfach zwischen den Geschlechtern verliefen. Frauen äußerten Bedenken, als „Quotenfrau“ abqualifiziert zu werden, ein Synodaler warnte davor, „geistliche Ziele mit ungeistlichen Mitteln“ erreichen zu wollen.

Die Befürworter einer „Quote“ behielten die Oberhand: So ist nach der in Bad Krozingen verabschiedeten Ausarbeitung zum Schwerpunktthema anzustreben, „daß in die Leitungs- und Beratungsgremien der evangelischen Kirche Frauen und Männer in gleicher Zahl gewählt oder berufen werden ... Auf dieses Ziel ist in Teilschritten in angemessenem zeitlichem Rahmen hinarbeiten. Die Synode sieht einen Anteil von mindestens 40% Frauen als Zielvorgabe an, die in zehn Jahren erreicht werden sollte.“ Es handelt sich bei dieser Willensäußerung der Synode allerdings nur um eine *Bitte ohne verpflichtende rechtliche Wirkung*. Es ist den Gliedkirchen der EKD, die auch den Großteil der Synodalen nominieren, unbenommen, sich bei der Besetzung ihrer Ämter nach dieser Empfehlung zu richten oder nicht. Der jetzigen EKD-Synode gehören 20 Frauen an (bei insgesamt 120 Synodalen); der fünfzehnköpfige Rat der EKD zählt drei weibliche Mitglieder. Im Kirchenamt der EKD in Hannover gibt es derzeit neben fast 30 Präsidenten, Kirchen- und Oberkirchenräten nur eine Oberkirchenrätin.

Der Rat der EKD soll nach dem Willen der Synode die Stelle einer „Frauenbeauftragten mit Querschnittsfunktionen für den Bereich der Amts- und Dienststellen sowie die Einrichtungen und Institute der EKD“ einrichten. Bislang gibt es in vier evangelischen Landeskirchen Frauenbeauftragte; weitere Landeskirchen haben die Einrichtungen solcher Stellen bereits beschlossen. Das Synodalenpapier zur Gemeinschaft von Männern und Frauen spricht sich außerdem für die *Förderung theologischer Frauenforschung* aus; der Rat der EKD soll dafür Sorge tragen, daß in der Studienarbeit von Kammern und Ausschüssen der EKD die Situation von Frauen im jeweiligen Zusammenhang eigens the-

matisiert wird. Die Bestrebungen zu mehr und verbesserten Chancen für in Kirche und Diakonie hauptamtlich tätige Frauen sollen in *Frauenförderungskonzepten* zusammengefaßt werden, es soll auch über eine stärkere Beteiligung von Frauen durch Ämter auf Zeit und über Rotation weiter nachgedacht und diskutiert werden. Der Rat der EKD wird gebeten, der Synode alle zwei Jahre einen Bericht über den Stand der Bemühungen um Frauenförderung zu geben.

Die Protestanten und die deutsche Frage

An den Anfang des Ratsberichts vor der Synode in Bad Krozingen stellte Bischof Kruse Überlegungen zum *Wandel in Europa*: „Die Staaten, die man früher ‚Ostblockstaaten‘ zu nennen pflegte, gehen jeweils eigene Wege, suchen die lange verdeckte Frage nach ihrer nationalen und kulturellen Identität neu zu beantworten und eine politische und wirtschaftliche Ordnung zu finden, die den Menschen mehr Selbstverantwortung zutraut.“ Man sei sich in Kirche und Gesellschaft der Bundesrepublik vermutlich noch gar nicht im klaren, welche Opfer gebracht werden müßten, wenn Europa eine neue Gestalt finden solle. Die westeuropäische Einigung, so der Ratsvorsitzende, könne ihren Sinn nicht allein darin finden, sich besser auf dem Weltmarkt behaupten zu können, „sondern sie muß ihre soziale Kraft erweisen im ganzen europäischen Haus und im Nord-Süd-Konflikt“. Die Kirchen, zumal die evangelischen, seien im Blick auf die westeuropäischen Entwicklungen nicht stark, sondern hätten „eher die Statur eines David“.

Offenbar bestehen im deutschen Protestantismus Befürchtungen, durch die weitere EG-Integration ins Hintertreffen zu geraten. Der Ratsbericht stellte die Frage: „Was bedeutet es ökumenisch auf längere Sicht, daß von den 320 Millionen EG-Bürgern über 60% der römisch-katholischen Kirche und nur ca. 20% einer evangelischen oder anglikanischen Kirche angehören?“ Dem Bericht zufolge soll die *Präsenz*

der EKD bei den europäischen Institutionen (im Rahmen der „Europäischen Ökumenischen Kommission für Kirche und Gesellschaft“, in der nichtkatholische Kirchen der EG-Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten) verstärkt werden. Die Frage nach ihrer Haltung gegenüber dem EG-Integrationsprozeß dürfte aber für die evangelische Kirche in der Bundesrepublik in Zukunft vermutlich noch mehr als bisher im Schatten der deutsch-deutschen Entwicklung stehen. In einem Kommentar des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz (idea Nr. 101/89 v. 6.11.) wurde kritisch angemerkt, ob die EKD „in dieser Stunde“ nicht etwas zur offenen deutschen Frage hätte sagen müssen, und ge-

fragt: „Stellt sich die EKD auf eine mögliche Überwindung der Teilung im Land der Reformation ein?“ Die Erklärung der Synode zur Entwicklung in der DDR bekräftigte die bisherige Linie der besonderen kirchlichen Gemeinschaft mit den evangelischen Kirchen der DDR unter ausdrücklicher Respektierung von deren eigenem Weg und sprach nirgendwo von der Wiederherstellung der staatlichen Einheit als erstrebenswertem Ziel. Man wird sehen müssen, ob diese Grundposition im deutschen Protestantismus weiterhin bestimmend bleibt oder nicht zweifellos vorhandene national-konservative Strömungen wieder stärker hervortreten. U. R.

kenenswert an den sowjetischen Beiträgen in Klingenthal (jedes Teilthema wurde in Parallelreferaten aus marxistischer und christlicher Sicht behandelt) war vor allem, daß sich ihre Sicht des europäischen Erbes in seinen verschiedenen Strömungen und Entwicklungsstufen weithin mit der christlichen Gesprächspartner deckte. So würdigte Michail Narinski vom Institut für Universalgeschichte der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften ausdrücklich die Bedeutung des Christentums für die europäische Kultur: Die christliche Überzeugung von der in seiner Gottesebenbildlichkeit begründeten Würde jedes einzelnen Menschen sei eine Voraussetzung für die spätere Konzeption der Menschenrechte. Die charakteristischen Züge des christlichen Denkens hätten sich auf die gesamte europäische Kultur und Wissenschaft ausgewirkt. Selbst Theorien und Konzeptionen, die von der Religion weit entfernt gewesen seien oder sie sogar abgelehnt hätten, hätten den Einfluß des Christentums mitgespürt.

Christen/Marxisten: Gespräch über Europa

Drei Jahre nach dem vom Päpstlichen Sekretariat für die Nichtglaubenden und der Ungarischen Akademie der Wissenschaften veranstalteten christlich-marxistischen Dialogtreffen von Budapest (vgl. HK, November 1986, 546) fand jetzt im unterelsässischen Klingenthal am Fuß des Odilienbergs vom 18. bis zum 21. Oktober eine neue Gesprächsrunde dieser Art statt. Partner des (seit der Kurienreform so benannten) „Päpstlichen Rats für den Dialog mit den Nichtglaubenden“ war diesmal das *sowjetische Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Während die marxistische Seite in Budapest und beim Vorgängertreffen in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana (es fand im Mai 1984 statt) durch Teilnehmer aus mehreren kommunistischen Ländern vertreten war, kamen die marxistischen Gesprächspartner in Klingenthal alle aus der Sowjetunion. In Ljubljana hatte man sich mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Glaube beschäftigt; das Treffen in Budapest stand unter dem Thema „Gesellschaft und ethische Werte“. Diesmal ging es um die „Rolle der Zivilisation beim Aufbau des gemeinsamen europäischen Hauses“.

Im Ostflügel dieses Hauses haben sich in den letzten Jahren und Monaten Veränderungen vollzogen, die man sich zur Zeit des Budapester Kolloquiums nicht hätte träumen lassen. Kardinal Paul Poupard, der Präsident des Rates für die Nichtglaubenden, machte in seiner Eröffnungsansprache in Klingenthal darauf aufmerksam: „Seit 1986 haben sich die Ereignisse überstürzt. Die ideologischen Verfestigungen sind dabei, sich aufzuweichen. Ein neuer Prozeß mit noch vor kurzem unvorstellbaren Veränderungen bahnt sich in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern den Weg. Die Menschenrechte werden besser geachtet. Die Gläubigen erhalten einen größeren Freiraum.“ Evgenij Silin, Vizepräsident des sowjetischen KSZE-Komitees, der zusammen mit Kardinal Poupard das Treffen leitete, sprach von einem „Augenblick großer Veränderungen“ im Leben der europäischen Völker.

Als ein Ziel des Gesprächs nannte Silin die Besinnung auf die „tiefen Wurzeln der europäischen Zivilisation“, ohne die man sich die Verwirklichung des gemeinsamen europäischen Hauses nur schwer vorstellen könne. Bemer-

Kaum noch Unterschiede im Geschichtsbild

Der sowjetische Philosoph Advard Arab-Ogli, der über „europäische Zivilisation und allgemeinemenschliche Werte“ referierte, sprach von der Anerkennung der Souveränität der Persönlichkeit, auf die sich sowohl der weltliche wie der religiöse Humanismus stützten, deren Geschichte bis zum frühen Christentum und zur Stoa zurückreichten. Arab-Ogli erinnerte an die westeuropäische Machtteilung zwischen sacerdotium und imperium und hob hervor, daß es in der europäischen Zivilisation durch solche Teilung der Macht gelungen sei, trotz vorübergehender Rückschläge sowohl die Gefahr des Totalitarismus wie die der Theokratie zu vermeiden. Je polyzentrischer die Macht in einer Gesellschaft verteilt sei, desto demokratischer sei diese, desto unabhängiger seien die Bürger von ihrem Staat.

Ein Grundzug der sowjetischen Beiträge zum Thema Europa war das Bemühen, den Anschluß an die in Antike